

***Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. November 2007***

***Vermehrter Einsatz von Open Source als Alternative zu Microsoft***

Immer mehr Gemeinden und Kommunen investieren aus Gründen der IT- Sicherheit und auch aus Kostengründen in Open-Source-Produkte, um Lizenzkosten zu sparen. Bisher dominieren Microsoft-Produkte den Bereich der Software-Anwendungen in der öffentlichen Verwaltung, auch weil viele Nutzerinnen und Nutzer an die Anwendungen gewöhnt sind. Hohe, wiederkehrende Lizenzkosten für Microsoft-Produkte werfen die grundlegende Frage auf, ob nicht auch aus Gründen der Wirtschaftlichkeit eine gezielte Umsteuerung auf Open Source im Server- und auch im Anwendungsbe- reich erfolgen sollte.

Wir fragen den Senat:

1. Welche konkreten Schritte plant der Senat, um den in der Koalitionsvereinbarung festgehaltenen Prüfauftrag zum Einsatz von Open-Source-Software in der Bremer Verwaltung umzusetzen?
2. Falls bereits Prüfungen erfolgt sind, in welchen Bereichen und mit welchen Ergebnissen?
3. Welche Planungen verfolgt der Senat, um das mittlerweile technisch veraltete und potenziell unsicher werdende E-Mail-System, inklusive der darunterliegenden Software, abzulösen? Welche Rolle spielen dabei Open-Source-Produkte?
4. Wie beurteilt der Senat die Wirtschaftlichkeit der Einführung von Open-Source-Mail- und Groupwaresystemen im Vergleich zum Einsatz von Microsoft-Produkten?
5. Wie bewertet der Senat Produktabhängigkeiten zwischen von Microsoft hergestellten Betriebssystemen, Mail- und Groupwaresystemen und Bürokommunikationsanwendungen?
6. Wie wird sichergestellt, dass erfolgreiche E-Government-Anwendungen aus Eigenentwicklungen Bremer Unternehmen (z. B. Governikus) auch weiterhin wirtschaftlich sinnvoll eingesetzt werden können?
7. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, im Serverbereich stärker auf Open Source zu setzen?

Anja Stahmann,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

D a z u

***Antwort des Senats vom 8. Januar 2008***

1. Welche konkreten Schritte plant der Senat, um den in der Koalitionsvereinbarung festgehaltenen Prüfauftrag zum Einsatz von Open-Source-Software in der Bremer Verwaltung umzusetzen?  
Der Senat plant den Prüfauftrag fallweise jeweils im Einzelnen bei größeren IT-Maßnahmen wahrzunehmen. Zu dem gleichen Ergebnis sind viele andere Städte

gekommen, u. a. Berlin, die beim Ansatz bleiben, wie Bremen auch „unter der Maßgabe der Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit“ sich auf „offene Standards“ hin orientieren. Eine solche fallweise Vorgehensweise wird vom Senat für effektiver und kostengünstiger als ein „Big-Bang“-Umstieg gehalten.

2. Falls bereits Prüfungen erfolgt sind, in welchen Bereichen und mit welchen Ergebnissen?

Die bremische Verwaltung prüft kontinuierlich den Einsatz von Open-Source-Produkten. Z. B. hat es 2004 eine Untersuchung über die Ablösung von Microsoft Office durch Open Office gegeben. Das Ergebnis fiel seinerzeit negativ aus, insbesondere weil beim Endnutzer ein hoher Umstellungseinschließlich Schulungsaufwand zu erwarten war. Positiver sieht es bei Servern aus. Open-Source-Produkte befinden sich bereits zahlreich im Einsatz in der bremischen Verwaltung, vor allem in systemtechnischen Bereichen, d. h. Betriebssysteme, Sicherheitssysteme (Filter, Firewalls) und Datenbanken (siehe unter Nr. 7).

Aktuell ist untersucht worden, ob ein Open Source basiertes E-Mail-System bei der Ablösung des veralteten Microsoft Exchange Systems zum Einsatz kommen soll (vgl. Antwort zu Nr. 3). Zu weiteren Überlegungen siehe Antwort zu Nr. 5.

3. Welche Planungen verfolgt der Senat, um das mittlerweile technisch veraltete und potenziell unsicher werdende E-Mail-System, inklusive der darunterliegenden Software, abzulösen? Welche Rolle spielen dabei Open-Source-Produkte?

Es ist beabsichtigt die Aktualisierung des Mail-Systems mit einer Konsolidierung der Mail-Server zu verbinden. Derzeit sind ca. 100 Mail-Server in den Dienststellen und werden auch von diesen betrieben. Bei einer Modernisierung der Mail-Software soll auch diese Anzahl deutlich reduziert werden. Dadurch entfallen notwendige Ersatzinvestitionen für Hard- und Software. Auch Personal-/Schulungsaufwand kann deutlich reduziert werden, da die technischen Aufgaben des Serverbetriebs nicht mehr in den Dienststellen wahrgenommen werden. Dieses umfangreiche Vorhaben soll in 2008 umgesetzt werden. Dabei werden eine Zeit lang alte und neue Systeme mit einander kommunizieren. Ziel ist ein reibungsloser Umstieg der alten dezentralen auf die neue zentralere Technik, von dem Nutzerinnen und Nutzer möglichst nichts bemerken sollen. Ausfälle des E-Mail-Systems über den auch ein Großteil der Termin- und Aufgabenplanung der Verwaltung abgewickelt wird, hätten gravierende Auswirkungen auf die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung. Zur Rolle von Open Source vgl. Antwort zu Nr. 4.

4. Wie beurteilt der Senat die Wirtschaftlichkeit der Einführung von Open-Source-Mail- und Groupwaresystemen im Vergleich zum Einsatz von Microsoft-Produkten?

Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass Open-Source-Mail- und Groupwaresysteme eine konkurrenzfähige Alternative zu Lizenzprodukten wie von Microsoft sein können. Diese abstrakte Betrachtung führt jedoch nicht zum Ziel, weil nicht nur der Aufwand für einen Umstieg auf Open Source einzukalkulieren ist, der den MS-Lizenzkosten gegenüberzustellen ist. Auch bei Open-Source-Mail-Produkten gibt es mittlerweile Lizenz- und Wartungskosten. Eine Sichtung hat ergeben, dass hier der direkte Aufwand in unserer konkreten Umstellungssituation durchaus vergleichbar ist.

Eine Umstellung der mehr als 10 000 Arbeitsplätze auf ein neues Mail-System muss die Verfügbarkeit von dienststellenübergreifenden E-Mail und Kalenderfunktionen während des Umstiegs gewährleisten. Dieser Faktor kann nicht monetär bewertet werden, wird aber für kritisch und letztlich nur bei der Microsoft-Lösung für gegeben angesehen.

Die Möglichkeiten der Anbindung von Mobilfunkgeräten und anderen tragbaren Geräten sind bei Microsoft Exchange besser. Hervorzuheben ist dabei die Möglichkeit direkt mit dem Server zu kommunizieren, und nicht wie bisher die Daten über einen stationären PC zu synchronisieren. Diese Aspekte führen u. a. dazu, dass bei der Annahme gleicher Lizenz- und Umstellungskosten der Einsatz von Microsoft Exchange vorzuziehen ist.

Noch nicht betrachtet wurden bei diesem Vergleich die Aufwände für Projektmanagement, Vertragsgestaltung und Vergabe eines Open-Source-Projekts so-

wie der Zeitaufwand; sie würden in diesem konkreten Fall allerdings weitere Pluspunkte für die Microsoft-Lösung bedeuten.

5. Wie bewertet der Senat Produktabhängigkeiten zwischen von Microsoft hergestellten Betriebssystemen, Mail- und Groupwaresystemen und Bürokommunikationsanwendungen?

Natürlich ist eine Produktabhängigkeit immer kritisch zu sehen, da sie die Wahlmöglichkeiten des Kunden beschneidet und einen Wechsel zu anderen Softwareanbietern behindert. In der Softwarebranche kommt hinzu, dass die Anbieter neue, verbesserte Versionen in regelmäßigen Zyklen auf den Markt bringen und die Wartung für ältere Versionen beenden. Dies gilt prinzipiell auch bei der Bürokommunikation. Andererseits ist genau zu überprüfen, ob mit diesen neuen Softwareversionen noch weitere Effizienzsteigerungen zu erzielen sind. Der Senat will daher die zeitliche Flexibilität behalten, die bereits beschafften Produkte so lange wie möglich auf den Arbeitsplätzen einzusetzen. In 2008 soll extern untersucht werden, wie dies konkret möglich ist, dabei sollen auch die Potenziale von Alternativprodukten (z. B. im Office-Bereich) beantwortet werden. Bis zu einem Ergebnis soll auch kein genereller Umstieg auf die neue Microsoft-Office-Version (2007) erfolgen.

6. Wie wird sichergestellt, dass erfolgreiche E-Government-Anwendungen aus Eigenentwicklungen Bremer Unternehmen (z. B. Governikus) auch weiterhin wirtschaftlich sinnvoll eingesetzt werden können?

Die Software „Governikus“ kann sowohl unter Microsoft- als auch auf Open-Source-Servern eingesetzt werden, ein wirtschaftlich sinnvoller Einsatz ist somit unabhängig vom Betriebssystem möglich.

7. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, im Serverbereich stärker auf Open Source zu setzen?

Der Senat setzt bei seinen E-Government-Plattformen sowie bremen.de Software ein, die unter Linux als Betriebssystem läuft. Es ist in Bremen nicht beabsichtigt, hier einen Wechsel herbeizuführen. Im Bereich der Fachanwendungen sind die Ressorts für entsprechende Vorgaben verantwortlich.